



Arbeitsgruppe Sicherheits- und
Verteidigungspolitik der
SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Germany

 +49 (30) 227 – 57575

 +49 (30) 227 – 76581

 ulrike.fleischer@spdfraktion.de

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee

Positionspapier

5. Mai 2008

Towards a European Army

Policy paper

5 May 2008

Vers une armée européenne

Document d'orientation

5 mai 2008

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee

Der Hamburger Parteitag der SPD hat einen Beschluss gefasst, wie ihn bisher keine sozialdemokratische Partei in Europa in ihrem Programm aufgeführt hat:

„Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.“

Die Transformation der Bundeswehr muss sich in ihren konkreten Schritten daran orientieren, Schritt für Schritt die Integration der europäischen Streitkräfte zu fördern. Viele Initiativen weisen in die richtige Richtung. In den vergangenen Jahren hat es eine Reihe guter Beispiele für eine engere Zusammenarbeit der EU-Partner, zum Teil auch innerhalb der NATO, gegeben:

- die deutsch-französische Brigade
- das Eurokorps
- das European Airlift Centre
- das deutsch-niederländische Korps
- das Sealift Coordination Centre
- das multinationale Korps Nord-Ost
- den gemeinsamen Minenabwehrverband der baltischen Staaten
- das gemeinsame Marinehauptquartier der Benelux-Staaten
- das niederländische Beispiel beim Lufttransport
- die Luftraumüberwachung der Baltischen Staaten
- gemeinsamer Zugriff auf strategische Lufttransportkapazität für die Verlegung schneller Eingreifkräfte der NATO und der EU
- die AWACS-Flotte – obgleich ein Projekt der Nato ein gutes Beispiel für bündnisgemeinsame Einrichtungen in diesem Sinne,
- die multinationalen Streitkräftekommandos EUROFOR und EUROMARFOR

Auch die Rüstungsplanung und Beschaffung wird künftig stärker als bisher in gemeinsamer Abstimmung unter den europäischen Partnern erfolgen müssen. Die immer kostspieligere Entwicklung neuer Wehrtechnik hat be-

reits einen großen Integrationschub nach sich gezogen – fast alle größeren Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr sind. Dennoch bleiben große Effizienzreserven. Europäisch abgestimmte Normen und größere Beschaffungsmengen können einen Beitrag zur Kostensenkung, aber auch zur besseren Zusammenarbeit der europäischen Streitkräfte leisten.

Die Europäische Verteidigungsagentur EDA ist ein Schritt in diese Richtung. Sie ist nun Bestandteil des Reformvertrages von Lissabon. Um zu ihrer intendierten Bedeutung zu kommen, muss es zu einer Strategie der EDA kommen, die bis heute nur in schwachen Konturen zu erkennen ist.

Die nächsten Schritte

Eine europäische Armee, eingebettet in die EU des Reformvertrages und seiner Nachfolger, kann kein Nahziel sein. Um uns auf den Weg zu begeben und dem Integrationsprozess neue Impulse zu verleihen, sind eine Reihe von Maßnahmen denkbar, konkret:

- Einrichtung eines **europäischen Lufttransportkommandos**, das die entsprechenden nationalen Kommandos in all ihren Funktionen ersetzt, d.h. einschließlich der Bereiche Ausbildung, Wartung und Logistik sowie gemeinsamer Lufttransportgeschwader (die Koordination von Planung und Einsatz bestehender Lufttransportkapazitäten im Rahmen des EAC kann als Zwischenschritt angesehen werden).
- Derzeit existiert kein eigenständiger Ministerrat für Militärfragen in der EU: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee sollte ein „echter“ **Verteidigungsministerrat** gebildet werden. Innerhalb der im Reformvertrag vorgesehenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit ist ein solcher Ministerrat zunächst vorstellbar.
- Bildung eines **Verteidigungsausschusses im Europäischen Parlament**. Derzeit werden verteidigungspolitischen Fragen im Europaparlament lediglich in einem Unterausschuss des EP-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten behandelt. In Zukunft gibt es

einen eigenen HR/Vizepräsidenten der Kommission, der die diplomatischen wie militärischen Bereiche koordinieren soll. Ein Verteidigungsausschuss, der als eigenständiges Gremium die SVP und den Prozess einer zunehmenden Integration der europäischen Streitkräfte begleitet, wäre ein Signal für die Stärkung der parlamentarischen Verantwortung auf europäischer Ebene.

- Schaffung einer **Europäischen Militärakademie** oder -universität. Dies könnte auch ein Schritt zur Formulierung gemeinsamen Ausbildungsstandards für die künftigen Führungskräfte der europäischen Streitkräfte sein.
- Ein **baltisches Marinehauptquartier**, aufbauend auf der erprobten Zusammenarbeit der baltischen Staaten im gemeinsamen Minenabwehrverband.
- Schon heute sind gemeinsame Übungen über Grenzen hinweg Alltag der europäischen Armeen. Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Streitkräfte weiter zu verbessern, sollte die Zahl gemeinsame **europäischer Manöver** weiter erhöht werden.
- Ausgehend von der geübten Praxis der engen europäischen Kooperation bei zivilen Raumfahrtprogrammen, sollten auch **militärische Weltraumprogramme** gemeinsam auf den Weg gebracht werden (Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten). In diesem Bereich bietet sich aufgrund der hohen Kosten eine gemeinsame Aufgabenerfüllung an.
- Eine europäische Koordinierung der zur Verfügung stehenden Fähigkeiten. Gerade die kleineren EU-Staaten können nicht das gesamte Fähigkeitsspektrum vorhalten. Mit ihren begrenzten Mitteln könnten sie sich auf **Nischenfähigkeiten spezialisieren**.
- Zusammenlegung existierender Ressourcen und Fähigkeiten innerhalb der Mitgliedsstaaten mit dem Ziel der Errichtung einer der ESVP zur Verfügung stehenden **Kommunikationsbasis/Kommunikationsnetzwerkes**.
- Die von Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien und Portugal ins Leben gerufene **Europäische Gendarmerie** (Haupt-

quartier: Vicenza, einsatzfähig seit Anfang 2006) ist eine Reaktion auf Erfahrungen aus vorangegangenen EU-Missionen. Sie sollte weiter ausgebaut werden, da sie als Polizei mit militärischem Status in Konfliktlagen, in denen es des Militärs nicht mehr bedarf, aber die Lage für eine reine Polizei-Mission noch nicht stabil genug ist, die angemessene Antwort sein kann. Für Deutschland, das sich aufgrund der strikten Trennung von Militär und Polizei nicht beteiligt, sollten wir eine Lösung finden, die uns einen Beitrag zur Europäischen Gendarmerie ermöglicht.

- Mit dem Beitritt Polens und der Baltischen Staaten zum Schengen-Abkommen wird die gemeinsame Ausübung der notwendigen Kontrolle der See-Außengrenzen dringend erforderlich, da die nationalen Mittel dieser Staaten dafür nicht ausreichen werden. In einem erweiterten „**Schengen für die Ostsee**“ könnten die Ressourcen der Ostseeanrainer gebündelt und die Hoheitsgewässer und Wirtschaftszonen in der Ostsee zunehmend gemeinsam überwacht werden.
- Beim **Air Policing** wäre vor dem Hintergrund der kurzen Flugzeiten zwischen den europäischen Hoheitsgebieten eine enge Kooperation oder eine gemeinsame Aufgabenerfüllung sinnvoll. Die Sicherstellung der Luftraumüberwachung in den baltischen Staaten durch die NATO kann ein Modell für andere kleine Staaten sein. Gemeinsame Luftraumüberwachung könnte nicht nur effektiver sein, sondern auch zur Senkung der Kosten beitragen.

Wohin wir wollen – und was vorher zu diskutieren ist

Auf dem Weg zu gemeinsamen Streitkräften bleiben viele Fragen zu klären. Noch gibt es in Europa wesentliche strukturelle Unterschiede, etwa in der Wehrform, der Parlamentsbeteiligung oder der inneren Führung.

Wollen wir unser Ziel erreichen, sollten wir damit beginnen, sie zu diskutieren und mit unseren Partnern in Europa zu besprechen. Ein europäisches Weißbuch wäre die geeignete Form, diesen Prozess der Klärung und Verständigung

voranzubringen und zu strukturieren.

Zur Vorbereitung eines **europäischen Weißbuchs** zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik wollen wir folgende Aspekte mit unseren europäischen Partnern diskutieren:

- Unterschiedliche nationale parlamentarische Entscheidungs- und Entsendeprozesse erfordern die Suche nach dem gemeinsamen Nenner.
- Die Schaffung einer gemeinsamen Wehrordnung bzw. eines gemeinsamen Wehrrechts ist notwendig.
- Wir müssen ein einheitliches Modell der inneren Führung entwickeln.
- Eine Festlegung der Entscheidungskompetenzen über das jus belli et pacis ist notwendig. Die Zuständigkeiten der Kommission (Exekutive), des Parlaments (Legislative) und des Europäischen Rats müssen geklärt sein.
- Die Abgabe von Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten und Übertragung von Befugnissen auf eine demokratisch legitimierte europäische Ebene muss diskutiert werden. Streitkräfte sind ein starker Ausdruck staatlicher Souveränität. Die EU ist kein Staat, sondern etwas völlig Neues, zur Zeit eine Art Staatenbund mit eigenem Völkerrechtsstatus. Wie wird und wie muss die EU aussehen, damit gemeinsame Streitkräfte möglich werden? Auch die nationalen Bedingungen der Abgabe von Souveränität müssen geregelt werden. Reichen zum Beispiel in Deutschland die Bestimmungen des Grundgesetzes (Artikel 24) aus?
- Fragen der Finanzierung müssen geklärt werden. Es muss eine faire Aufteilung der finanziellen Last zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten sowie unter den Mitgliedstaaten geben.
- Analog zu den nationalen Verteidigungsministern könnte auf europäischer Ebene ein Verteidigungskommissar die militärischen Strukturen leiten.
- Die Rolle der Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens in einer integrierten europäischen Armee ist zu diskutieren.

Unser Ziel: Europäische Streitkräfte

Wenn wir uns jetzt nicht auf den Weg machen, werden wir es nie erreichen. Andere, ähnlich ambitionierte europäische Vorhaben, vom gemeinsamen Binnenmarkt bis zur gemeinsamen Währung, wurden auch nicht über Nacht Wirklichkeit, sondern standen am Ende eines langen Prozesses, der etwa im Fall der Einführung des Euro drei Jahrzehnte währte.

Die Abgabe von Souveränität in einem Kernbereich staatlicher Politik wie der Landesverteidigung mag auf viele Vorbehalte stoßen, ist aber nicht ohne Beispiel: Mit der Einführung einer gemeinsamen Währung haben die teilnehmenden Staaten auf erhebliche Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschafts- und Währungspolitik verzichtet – im Interesse einer Stärkung Europas.

Eine europäische Armee würde das Beziehungsgeflecht zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedsstaaten und der NATO verändern. Dabei bleibt für uns Europäer die NATO die strategische Klammer zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Aber ebenso wie die Vereinigten Staaten muss auch Europa in der Lage sein, gegebenenfalls eigenständig zu handeln. Die Vereinigten Staaten und die EU unter dem Dach der Nato – das sind im besten Fall strategische Partner höchster Effizienz. Auf dem Balkan hat sich gezeigt, wie diese Partnerschaft Stabilität und neue Sicherheit schaffen kann.

Wir wollen als Sozialdemokraten in Europa die Initiative ergreifen, den Weg zu einer europäischen Armee zu beschreiten. Deutschland lebt mit seinen Nachbarn seit Jahrzehnten in Frieden, viele sind mit uns gemeinsam Mitglied der NATO und der EU. Wir sind bereit, in einen Prozess einzutreten, an dessen Ende wir unsere nationalen Armeen in eine supranationale Armee, eine europäische Armee einfügen.

On the way to a European Army

The party convention of the SPD in Hamburg made a decision no other social democratic party has made so far:

"A common foreign, security and defence policy is necessary in order to give Europe a voice. Europe and the armies of the member states must act as an entity. In the long term we want a European army whose deployment must be legitimated parliamentary."

Integration of the European armed forces has long since begun. Numerous initiatives point in the right direction and the German Federal Armed Forces promotes also the integration of these European armed forces. In recent years there have been several good examples of closer cooperation between the EU partners, also partially within NATO:

- the German-French Brigade
- the Eurocorps in Strassburg
- the European Airlift Centre
- the German-Dutch Corps
- the Sealift Coordination Centre
- the Multinational Corps North-east in Stettin
- the joint mine clearance association of the Baltic Naval Squadron
- the joint naval headquarters of the Benelux states
- the Dutch example in air transport
- air traffic control in the Baltic states
- mutually guaranteed and timely access to strategic air transport capabilities for the transfer of NATO and EU rapid reaction forces
- the AWACS fleet – although this is a NATO project, it is a good example of joint alliance institutions
- the multinational armed forces commands EUROFOR and EUROMARFOR

Equipment planning and acquisition will also have to be carried out with a greater level of coordination between the European members in the future. The increasingly expensive development of new military technology has already stimulated strong moves towards integration – almost all of the German armed

forces' major acquisition plans are multinational projects. Despite this, there is still much room for greater efficiency. Agreed European norms and larger orders can contribute towards a lowering of costs, as well as improving cooperation between Europe's armed forces.

The European Defence Agency EDA represents a step in this direction. It is designed to prevent what sometimes presented a problem in past multinational projects: variations in equipment increased in relation to the number of countries involved in cooperation.

The next steps

A European army, embedded in a new European Union, cannot be a short-term objective. A series of measures are conceivable in order to get started and provide the integration process with new impulses, namely:

- the setting-up of a **European Air Transport Command** which replaces the appropriate national commands in all of their functions, i.e. including education and training, maintenance and logistics, as well as joint air transport squadrons (the coordination of planning and operations of existing air transport capacities within the EAC framework can be seen as an intermediary step).
- at the moment there is no independent council of ministers for military matters in the EU: a "genuine" **council of defence ministers** should be formed on the way to a joint European army.
- a **European Parliament defence committee** should be formed. At the moment questions surrounding defence policy are only dealt with by a sub-committee of the European Parliament's Committee on Foreign Affairs. A defence committee which accompanies the ESDP and the process of increased integration of the European armed forces as an independent committee would signal the strengthening of parliamentary responsibility at the European level.
- a **European Military Academy** or University should be created. This could also be a step to-

wards formulating common educational and training standards for future leading personnel in the European armed forces.

- a **Baltic Naval Headquarters** developed from the Baltic states' successful cooperation in the joint mine clearance association.
- joint manoeuvres irrespective of borders are already part of the European armies' everyday activities. In order to continue improving cooperation between the various armed forces the number of joint **European manoeuvres** should be increased.
- based on the well-practiced experience of close European cooperation in civil aerospace programmes, military **space programmes** should also be started together (reconnaissance and communications satellites). Combined operations in this field would be of benefit in view of the high costs involved.
- European coordination of the available capabilities. The smaller EU states in particular are unable to provide the whole capability spectrum. They could use their limited resources to **specialise** in niche capabilities.
- existing resources and capabilities within the member states can be combined with the aim of setting up a **communications base** / communications network to support ESDP.
- the **European Gendarmerie Force** (EGF), which was called into being by France, Italy, the Netherlands, Spain and Portugal (headquarters: Vicenza, operational since the beginning of 2006), is a reaction to experiences during previous EU missions. It should be expanded because, as a police force with military status, it can be the appropriate answer in conflict situations where the military is no longer required, but where conditions are not yet stable enough for a standard police mission. In the case of Germany, which cannot participate because of its strict division between the military and the police, we should seek a solution that enables us to contribute to the EGF.
- now that Poland and the Baltic states have joined the Schengen Agreement, there is an urgent need for joint activity in

carrying out the necessary control of the external maritime borders, since these states' national resources will be insufficient for this purpose. In an enlarged "Schengen for the Baltic Sea" the resources of the states bordering on the Baltic Sea could be bundled, and the territorial waters and economic zones in the Baltic Sea could be increasingly monitored in joint operations.

- in the case of **Air Policing**, and against the background of the short flying times between the European sovereign territories, it would be practical to develop a form of close cooperation or a joint solution to the tasks. NATO's air traffic control in the Baltic states can act as a model for other smaller states. Joint air traffic control could not only be more effective, it could also help to lower the costs.

Our proposed direction – and what has to be discussed beforehand

Many questions still have to be answered on the road to joint armed forces. There are still many structural differences within Europe, for instance in the formation of the military forces, parliamentary participation or internal leadership and civic education).

If we want to reach our desired goal, we should begin by discussing it and talking it over with our partners in Europe. A **European White Paper** would be an appropriate form to promote and structure this process of clarification and understanding.

For the preparation of a European white paper on security and defence policy we would like to discuss the following aspects with our European partners:

- the various national parliamentary decision-making processes regarding deployments make it necessary to seek a common denominator.
- the creation of a common military order and / or a common military law is necessary.
- we have to develop a standardised model of leadership and education.
- it is necessary to determine the decision-making procedures for declarations of war and peace

(*ius belli et pacis*). The powers and responsibilities of the Commission (executive), the Parliament (legislature) and the European Council must be clarified.

- the handing-over of sovereignty by the EU states and the transfer of powers to a democratically legitimated European level must be discussed. Armed forces are a powerful expression of state sovereignty. The EU is not a state. It is something entirely new, and at the present time it is a kind of confederation of states with its own status in international law. How will, and how must, the EU be constituted to enable it to have joint armed forces? The national conditions for the handing-over of sovereignty must also be regulated. For instance, in the case of Germany, are the regulations in the Basic Law (Article 24) sufficient to this purpose?
- questions of finance have to be clarified. There has to be a fair distribution of costs between the EU and the member states, and among the member states.
- in analogy to the national defence ministers, a defence commissioner could head the military structures at European level.
- the role of the nuclear armed forces of France and Great Britain in an integrated European army should be discussed.

Our objective: European armed forces

If we don't start now, we will never reach our goal. Other, similarly ambitious European projects, ranging from a common market to a common currency, did not happen overnight either. They stood at the end of a long process which, in the case of the euro for instance, lasted thirty years.

The handing-over of sovereignty in a key area of state politics, such as that of national defence, may well come up against many reservations, but there are precedents: with the introduction of a common currency the participating states gave up considerable decision-making powers in the fields of economic and monetary policy – in the interest of strengthening Europe.

We can learn from the introduction of the euro in another respect, too: not all countries joined in the euro at the start – be it because the preconditions were not satisfied, or because there were political reservations. In a similar way, the joint army project does not have to be a "Europe of the 27" project from the very start.

A European army would alter the network of relationships between the European Union, the member states and NATO. For us Europeans NATO will remain the strategic link between the EU and the United States of America. But like the United States, Europe must also be in the position to act independently if necessary. The United States and the EU under the umbrella of NATO – in the best case these are two highly efficient partners. The way in which this partnership can create stability and new security was demonstrated in the Balkans.

As Social Democrats in Europe we want to take the initiative of embarking on the road to a European army. For decades Germany has lived in peace with its neighbours, many are our fellow members in NATO and the EU. We are ready to enter into a process at the end of which we integrate our national armies into a supra-national army, a European army.

Vers une armée européenne

Le congrès du SPD à Hambourg a pris une décision comme aucun parti social-démocrate ne l'avait jamais fait en Europe :

« Pour que l'Europe ait une voix, il faut la doter d'une politique étrangère, de sécurité et de défense commune. Pour cela les armées des états membres doivent coopérer plus étroitement. À long terme nous voulons une armée européenne, dont l'intervention doit être légitimée par la voie parlementaire. »

L'intégration des forces armées européennes a débuté depuis longtemps. Nombre d'initiatives vont dans la bonne direction et maints exemples positifs de coopération plus étroite entre partenaires de l'UE – y compris, pour une part, au sein de l'OTAN – ont pu être observés au cours des années écoulées :

- la brigade franco-allemande
- l'Eurocorps
- le Centre européen du transport aérien stratégique
- le Corps germano-néerlandais
- le Sealift Coordination Centre
- le Korps Nord-Ost
- l'unité commune de lutte contre les mines mise en place par les États baltes
- le quartier général maritime de l'Amiral Benelux
- l'exemple néerlandais en matière de transport aérien
- la surveillance de l'espace aérien des États baltes
- l'utilisation commune garantie et en temps opportun d'une capacité de transport aérien stratégique en vue du transfert de forces d'intervention rapide de l'OTAN et de l'UE
- la flotte AWACS – bien qu'un projet de l'OTAN, c'est un bon exemple d'équipements communs à l'alliance
- les groupes de forces interarmées multinationales que sont l'EUROFOR et l'EUROMARFOR

À l'avenir, il faudra aussi coordonner plus étroitement que cela n'a été le cas jusqu'ici la planification et l'achat d'armements. Le développement toujours plus coûteux de nouvelles techniques d'armement a déjà suscité un important mouvement d'intégration – la quasi-totalité des grands marchés d'armement

des forces armées fédérales sont des projets multinationaux. Pourtant, il subsiste encore d'importantes réserves d'efficacité. La définition de normes européennes et l'achat de matériel en plus grande quantité peuvent contribuer à réduire les coûts, mais aussi à améliorer la coopération entre les forces armées européennes.

L'Agence européenne de défense (AED) est une avancée dans cette voie et devrait permettre d'éviter un problème qui se posait parfois dans le cadre de projets multinationaux, où les différences entre les équipements étaient d'autant plus nombreuses que le projet de coopération impliquait un grand nombre de pays.

Les prochaines étapes

La création d'une armée européenne intégrée dans une UE d'un genre nouveau ne peut être un objectif à court terme. Pour nous diriger dans cette voie et relancer le processus d'intégration, un certain nombre de mesures concrètes sont envisageables :

- Mise en place d'une **structure de commandement européenne du transport aérien** se substituant aux structures nationales correspondantes dans toutes leurs fonctions, y compris dans les domaines de la formation, de la maintenance et de la logistique, ainsi que pour ce qui est d'escadres communes de transport aérien (on pourrait envisager, à titre intermédiaire, la coordination de la planification et de l'engagement des capacités de transport aérien existantes dans le cadre de l'AEC).
- En l'état actuel des choses, il n'existe pas à proprement parler de Conseil des ministres en charge des questions militaires dans l'UE : aller vers une armée européenne commune devrait passer par la constitution d'un « véritable » **Conseil des ministres de la défense**.
- Création d'une **commission de la défense du Parlement européen**. Actuellement, le Parlement européen ne traite des questions touchant à la politique de défense qu'au sein d'une sous-commission dépendant de la commission des affaires étrangères. La mise en place d'une commission de la dé-

fense, qui accompagnerait, en tant qu'organe indépendant, la PESD et le processus d'intégration croissante des forces armées européennes, serait un signal attestant du renforcement de la responsabilité parlementaire au niveau européen.

- Création d'une **académie** (ou université) **militaire européenne**. Une telle mesure pourrait également mener à la définition de normes de formation communes pour les futurs officiers des forces armées européennes.
- Création d'un **quartier général maritime de la Baltique**, sur l'exemple de la coopération fructueuse des États baltes au sein de l'unité commune de lutte contre les mines.
- Aujourd'hui déjà, les exercices communs transfrontaliers sont le quotidien des armées européennes. Pour améliorer encore la coopération entre les différentes forces armées, il faudrait augmenter le nombre de **manœuvres européennes** communes.
- À l'instar de la coopération européenne étroite observée dans la pratique dans le domaine des programmes spatiaux civils, il faudrait aussi mettre sur pied des **programmes spatiaux** militaires communs (satellites de reconnaissance et de communications). Compte tenu de l'ampleur des coûts, le recours à des missions communes s'impose dans ce domaine.
- Coordination européenne des capacités disponibles. Les plus petits États membres, dont les moyens limités ne leur permettent pas de prendre en charge le spectre complet des capacités, pourraient notamment se **spécialiser** dans certaines capacités de niche.
- Regroupement des ressources et capacités présentes au sein des États membres dans le but de mettre en place un réseau / une **base de communication** à disposition de la PESD.
- La **force de gendarmerie européenne** créée par la France, l'Italie, les Pays-Bas, l'Espagne et le Portugal (quartier général : Vicenza, opérationnelle depuis le début 2006) est née des expériences faites lors de missions antérieures de l'UE. Son développement devrait être

poursuivi car elle peut, en tant que police dotée d'un statut militaire, constituer la réponse appropriée à des situations de conflit qui ne requièrent plus l'intervention du militaire mais sont encore trop instables pour permettre une mission de police à proprement parler. En ce qui concerne l'Allemagne, qui ne participe pas à ce projet du fait de la stricte séparation entre forces armées et forces de police, nous devrions trouver une solution qui nous permette de contribuer à la Gendarmerie européenne.

- L'adhésion de la Pologne et des États baltes aux accords de Schengen rend indispensable l'exercice commun des contrôles aux frontières extérieures maritimes, car les ressources dont disposent ces États n'y suffiraient pas. On pourrait, au sein d'un **espace Schengen étendu à la mer Baltique**, conjuguer les ressources des États riverains et assurer en commun la surveillance des eaux territoriales et des zones économiques en mer Baltique.
- De même, il serait judicieux, compte tenu des faibles temps de vol entre les différents territoires européens, d'assurer une coordination étroite, voire l'exécution commune des **missions de police aérienne**.

À cet égard, l'exercice de la surveillance de l'espace aérien des États baltes par l'OTAN peut être un modèle pour d'autres petits États. Une surveillance commune de l'espace aérien pourrait non seulement être plus efficace, mais aussi contribuer à la réduction des coûts.

Où nous voulons aller – et ce dont il faut discuter auparavant

De nombreuses questions restent à éclaircir sur la voie qui doit mener à la création de forces armées communes.

D'importantes différences structurelles demeurent en Europe, que ce soit quant à la forme des forces armées, à la participation du parlement ou au commandement interne.

Si nous voulons atteindre notre objectif, nous devrions tout d'abord discuter de ces différences et en débattre avec nos partenaires en Europe. L'élaboration d'un **Livre blanc européen** cons-

tituerait la forme appropriée pour faire progresser de façon structurée ce processus de clarification et de coordination.

En vue de préparer un Livre blanc européen qui traiterait de la politique de sécurité et de défense, nous souhaitons discuter des aspects suivants avec nos partenaires européens :

- Les différences qui existent au plan national quant aux processus de décision et de délégation de pouvoir exigent que l'on recherche un dénominateur commun.
- La création d'une organisation militaire commune, voire d'un droit militaire commun, est nécessaire.
- Nous devons élaborer un modèle unique d'éducation civique et morale.
- Il faut arrêter les compétences décisionnelles en matière de *jus belli et pacis* et préciser les pouvoirs de la Commission (exécutif), du Parlement (législatif) et du Conseil européen.
- Il faut discuter du transfert de souveraineté des États membres de l'UE et du transfert des compétences vers un niveau européen investi de la légitimité démocratique. Les forces armées constituent une expression forte de la souveraineté nationale. L'UE n'est pas un État, mais une entité tout à fait nouvelle – en l'état actuel, une sorte de confédération dotée d'un statut propre sur le plan du droit international. À quoi ressemblera l'UE, à quoi doit-elle ressembler pour permettre la constitution de forces armées communes ? De même, il faut régler les conditions de cession de souveraineté à l'échelon national. Ainsi, dans le cas de l'Allemagne, les dispositions prévues par la Loi fondamentale en son article 24 suffisent-elles ?
- Il faut régler les questions de financement et fixer une répartition équitable de la charge financière entre l'UE et les États membres, d'une part, et entre ces derniers, d'autre part.
- À l'instar de ce qui a cours avec les ministres de la défense nationale, un commissaire en charge de la défense pourrait prendre la direction des structures militaires au niveau européen.

- Enfin, il faut discuter du rôle des puissances nucléaires que sont la France et la Grande-Bretagne dans une armée européenne intégrée.

Notre objectif : des forces armées européennes

Si nous ne mettons pas au travail maintenant, nous n'y parviendrons jamais. D'autres projets européens aussi ambitieux – qu'il s'agisse du marché intérieur commun ou de la monnaie unique – ne sont pas non plus devenus réalité du jour au lendemain et ont vu le jour au terme d'un long processus, qui – dans le cas de l'introduction de l'euro, par exemple – a duré trois décennies.

Le transfert de souveraineté dans un domaine aussi essentiel de la politique d'un État que celui de la défense nationale pourrait susciter nombre de réserves, mais il n'est pas sans exemple : en adoptant une monnaie commune, les États participants ont renoncé à des pouvoirs de décision considérables en matière de politique économique et monétaire – dans l'intérêt du renforcement de l'Europe.

Une armée européenne modifierait le réseau des relations entre l'Union européenne, les États membres et l'OTAN. Notons, à cet égard, que l'OTAN demeure pour nous l'articulation stratégique entre l'UE et les États-Unis. L'Europe doit toutefois être en mesure, au même titre que les États-Unis, de mener si nécessaire une action indépendante. États-Unis et UE réunis sous l'égide de l'OTAN : c'est là, dans le meilleur des cas, un partenariat stratégique des plus efficaces. Un partenariat qui a montré, dans les Balkans, qu'il pouvait être source de stabilité et d'une sécurité nouvelle.

En tant que social-démocrates, nous entendons prendre l'initiative en Europe et nous engager dans la mise en place d'une armée européenne. Depuis des décennies, l'Allemagne vit en paix avec ses voisins et nombre d'entre eux sont comme nous membres de l'OTAN et de l'UE. Nous sommes prêts à nous engager dans un processus au terme duquel nos armées nationales seront intégrées dans une armée supranationale, une armée européenne.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheits- und
Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Members of the working group on security and defense policy
of the SPD Bundestag parliamentary group

Membres du groupe de travail sur la politique de sécurité et de
défense du groupe parlementaire du SPD au Bundestag



Rainer Arnold



Rolf Kramer



Jörn Thießen



Hans-Peter Bartels



Ulrike Merten



Hedi Wegener



Petra Heß



Uschi Mogg



Andreas Weigel



Gerd Höfer



Maik Reichel